

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland erlebt in diesem Jahr neben den Fluchtbewegungen aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine wieder einen deutlichen Anstieg der Asylnigration. Jenseits der rund eine Million ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die als Opfer des russischen Angriffskriegs unsere volle Solidarität verdienen, kamen bis Ende August dieses Jahres mehr als 115.000 Personen über die deutschen Grenzen, um einen Asylantrag zu stellen – ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum. Deutschland verzeichnet damit wie seit vielen Jahren im EU-Vergleich mit Abstand die meisten Asylanträge.

In besonderem Maße wird derzeit wieder die Balkanroute genutzt, um – ausgehend von der Türkei und Serbien – illegal nach Deutschland zu gelangen. Dabei spielt offenbar auch die Entscheidung des EU-Beitrittskandidaten Serbiens eine Rolle, Staatsangehörigen aus deutlich mehr Staaten die visafreie Einreise zu ermöglichen als die EU es vorsieht; darunter befinden sich Staaten wie Indien oder Tunesien. In vielen Fällen reisen die Migranten dann weiter über die Slowakei und Tschechien nach Sachsen und Bayern ein; die Feststellungen der Bundespolizei haben sich hier seit dem Sommer verdreifacht.

Die Länder und Kommunen geraten durch diese zunehmende Asylnuwanderung enorm unter Druck. Ihre Kapazitäten sind insbesondere auch durch die Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen vielfach erschöpft. In den letzten Wochen gab es an die Bundesinnenministerin und den Bundeskanzler immer lauter werdende Hilferufe. Die Kommunalen Spitzenverbände vergleichen die aktuelle Lage vor Ort schon jetzt mit derjenigen im Jahr 2015. Vielerorts müssen wieder Notunterkünfte errichtet werden. Eine weitere Verschärfung der Lage ist schon angesichts des Kriegs in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.

Für die CDU/CSU-Fraktion steht fest: Deutschland muss seinen humanitären Verpflichtungen gerecht werden. Damit aber die Aufnahmekapazitäten gerade den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen und um die Akzeptanz der Bevölkerung für das Asylsystem zu bewahren, sind Maßnahmen zur Reduzierung der illegalen Migration und zur Verbesserung bei der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer dringend geboten. Nach Jahren zum Teil sehr liberaler Haltungen sehen mittlerweile nahezu alle EU-Mitgliedstaaten diese Notwendigkeit und richten ihre Asylpolitik nach ihr aus.

Allein die Bundesregierung geht einen migrationspolitischen Sonderweg in Europa, und dies ungeachtet der dramatischen Entwicklungen in diesem Jahr. Statt Migration klug zu steuern und illegale Migration zu begrenzen, öffnet die Ampel Tür und Tor. Mit mehreren Migrationspaketen will sie insbesondere Ausreisepflichtigen den Verbleib in Deutschland erleichtern und verstärkt dadurch die ohnehin bestehenden Anreize. Es ist absehbar, dass die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen in der Summe zu einer dauerhaften Zunahme von illegaler Migration in den nächsten Jahren führen werden.

Diesen Irrweg muss die Bundesregierung schon angesichts der aktuellen Lage sofort beenden. Zudem haben die Länder und Kommunen, die mit der Aufnahme der Ukraine-Flüchtlinge Herausragendes geleistet haben und tagtäglich leisten, stärkere Unterstützung verdient als ein Treffen bei der Bundesinnenministerin, die noch dazu für zahlreiche offene Fragen nicht zuständig ist.

Die Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. den migrationspolitischen deutschen Sonderweg in Europa sofort zu beenden und in Anerkennung der Realitäten alle Migrationspläne im Koalitionsvertrag aufzugeben, die Anreize zu verstärkter illegaler Einreise auslösen können,
2. die Hilferufe der Länder und Kommunen endlich ernst zu nehmen und ihnen mit einem ressortübergreifenden Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt rasche und vor allem umfassende Hilfe im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zukommen zu lassen,
3. die fortlaufende Koordinierung und Kommunikation mit den Ländern und Kommunen zu verbessern, insbesondere durch ein ständig aktualisiertes Lagebild, welches das Zugangsgeschehen nach Deutschland abbildet,
4. die internationale und europäische Migrationslage auf die Tagesordnung des Europäischen Rats am 20./21. Oktober 2022 zu setzen und auf eine Lösung bei den Verhandlungen über ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem zu drängen, die ein wirksames Asyl-Grenzverfahren, eine fairere Lastenverteilung zwischen den EU-Staaten, ein funktionierendes System der Dublin-Überstellungen und eine wirksamere Unterbindung der Sekundärmigration beinhaltet,
5. gezielt das Gespräch zu intensivieren und außenpolitisch Druck auf Staaten auszuüben, die durch ihre Politik illegale Migration nach Europa und insbesondere Deutschland befördern, mit dem Ziel, diese Praxis zu unterbinden; dabei spielt Serbien als EU-Beitrittskandidat eine besondere Rolle;
6. im europäischen Rahmen darauf hinzuwirken, dass die EU-Türkei-Erklärung auch künftig von allen Seiten praktiziert wird,
7. die vielfach angekündigte Rückführungsoffensive mit konkreten Maßnahmen in die Tat umzusetzen und dazu, nachdem bereits ein Viertel der Legislaturperiode verstrichen ist, auch einen Rückführungsbeauftragten zu benennen,
8. die gegenwärtige Lage nicht durch zusätzliche Aufnahmeprogramme von Migranten weiter zu verschärfen,
9. auf die Länder einzuwirken, damit diese der Anfang 2019 vom Bundestag beschlossenen Einstufung als sichere Herkunftsländer der drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien nach mehr als drei Jahren zustimmen,

10. Grenzkontrollen an der deutsch-tschechischen Grenze vorzubereiten neben den bereits bestehenden Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze.

Berlin, den 11. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

